

# Merseburger Correspondent.

Verlag: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.  
Erscheinung: Reigrub's No. 5.

Abdomentische Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abdomentpreis:  
anz Daartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark  
35 Pfg. durch die Post.

No. 237.

Dienstag den 1. Dezember.

1891.

Für den Monat Dezember werden Abonnements  
mit dem  
**"Merseburger Correspondent"**  
zum Preise von 10 resp. 12 Pf. von allen Postan-  
halten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegen-  
genommen.  
Inserate finden bei der großen Auflage des  
Blattes die zweckentsprechendste Verwertung.

## \* \* \* Aus dem Reichstage.

Die Rede des Reichskanzlers vom letzten Freitag  
und vor allem die Bemerkungen desselben über den  
Untergang des Kartells haben bei den Ueber-  
wachen des letzteren, wie zu erwarten war, sehr pei-  
nliche Eindrücke hervorgerufen. Herr v. Caprivi ver-  
stehliche die Regierung gegen den Vorwurf, die  
Kartellparteien gesplittet zu haben und bemerke  
nachdrücklich, die letzten Wahlen seien vorgenommen  
worden, ehe diese spitzige Regierung an Ort und  
Stelle gewesen. Dann aber fügte er hinzu, die Re-  
gierung würde, falls nämlich die Kartellmehrheit die  
letzten Wahlen überstanden hätte, auch mit ihr weiter  
geleitet haben. Wenn eine compacte Masse der Kartell-  
mehrheit dazwischen wäre, würde die Regierung ihr  
gern die Hand gegeben und — das war die bittere  
Pille für die Reste der ehemaligen Bismarck'schen  
Mehrheit — würde den Versuch gemacht haben, wenn  
andere sie noch zu dieser Masse heranziehen könnte.  
Diese Kartellparteien, so schloß Herr v. Caprivi,  
waren aber nicht mehr da, und wenn sie noch weiter  
zufallen werden, so liegt das eben in den inneren  
Motiven, nicht aber an dem bösen Willen oder dem  
Ungehörigkeit der Regierung. Mit anderen Worten  
heißt das: Wir, d. h. die Regierung würden und ja  
die Unterstützung einer Kartellmehrheit haben ge-  
lassen; aber die Zumuthung, uns ausschließ-  
lich auf die Kartellparteien zu stützen, würden wir  
auch dann zurückgewiesen haben, wenn dies Parteien  
noch über die Mehrheit verfügten. Die Regierung  
hat nun einmal das Bestreben, mit allen denen, die  
ein Interesse an der Erhaltung des Staates und  
des Reiches haben, — und solche gibt es nach ihrer  
Ansicht auch außerhalb der Kartellparteien — zu-  
sammenzugehen. Ja, die Regierung sieht den früheren  
Kartellparteien so feind gegenüber, daß sie ein weiteres  
Zusammengehen derselben — anlässlich der Wahlen in Südtirol,  
Südwestfalen, XI. Württemberg — ins Auge  
faßt. Damit ist auch die letzte Hoffnung beseitigt,  
daß die Regierung bei den nächsten Neuwahlen den wie-  
der in gewohnter Weise früheren Kartellparteien ihren  
Einfluß zur Verfügung stellen würde, um denselben  
von neuem zu einer Mehrheit zu vertheilen. Die  
Redner der Kartellparteien in der Sonnabend-Sitzung,  
die Hgg. Dr. Wahl und Dr. Frege haben freilich  
darauf abgesehen, diesen Empfindungen Ausdruck zu  
geben. Nach einem Vorbehalte bezüglich der Colonial-  
politik erklärte Ersterer, die gestrige Rede des Herrn  
v. Caprivi werde in weitesten Kreisen beruhigen und  
Herr v. Frege, der sich bekanntlich mit dem Zukunfts-  
kommen des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn  
ausgesprochen hat, um Schlimmeres zu verhüten, be-  
zogen auf ein Compliment für den Nachfolger des  
Fürsten Bismarck.

## Politische Aeberrück.

Zu dem Besuch des Herrn v. Giers in  
Berlin schreibt die "Kölnische Zeitung" in einer  
anscheinend offiziellen Note: "In diplomatischen  
Kreisen wird erzählt, daß die Franzosen sich über  
Herrn v. Giers wenig entzückt ausgesprochen  
haben und daß u. a. ein französischer Minister gesagt  
habe, er sähe nicht recht ein, wozu die Russen einen  
Minister nach Paris schicken, der von nichts anderem  
zu sprechen wisse, als von der Erhaltung des status  
quo. Auch soll es die Franzosen sehr verdrossen  
haben, daß Herr v. Giers die Rückreise über Berlin  
angewandt und dort einen amtlichen Aufenthalt  
genommen hat. Willst du ist ihnen jetzt die Ankunft  
des russischen Beamten Finanzvollmachtigten P.

erstreichler, der einige mit "Russen" schwer belastete  
Pariser Banken um nicht bedehnte 150 Millionen  
der dreipropentigen Kasse erleichtern soll." —  
Die "Post" bemerkt ansehnend offizios zu dem  
Umstande, daß von Seiten des Berliner Hofes  
von der Anwesenheit des Ministers von Giers  
nicht mehr Notiz genommen worden ist, als  
es der Fall war: Der offizielle Leiter der russischen  
Politik sei als Privatmann nach Berlin  
gekommen, nicht etwa in einer speziellen Mission  
seines Monarchen — dann wäre der Empfang durch  
den Kaiser äußerlich unter größerer Ceremonie vor-  
sich gegangen. "Wäre der Besuch des Herrn von  
Giers in Berlin mit irgend einer Höflichkeit zu-  
sammengetroffen, so wäre der russische Minister auf  
Befehl des Kaisers jedenfalls zu dieser geladen worden,  
aber ihm zu Ehren eigene solche zu veranstalten,  
dazu lag kein offizieller Anlaß vor." Diese Haltung  
dem offensichtlichsten Leiter der russischen Politik gegen-  
über sei vollständig am Plage gewesen, da Herr von  
Giers auch als Privatmann in Berlin in Bezug  
auf Friedensgesprächsbasisse oder wirtschaftliche Fragen  
noch weniger Ausklärungen oder Zugeständnisse zu  
geben im Stande war, als der russische Minister des  
Auswärtigen das vermocht hätte.

Zur Frage der Wiederherstellung der  
weltlichen Herrschaft des Papstes hat be-  
kanntlich, wie wir schon in vor. Nr. kurz meldeten, Graf  
Kalnochy am Freitag in der Österreichischen  
Delegation eine feind abnehmende Haltung eingenom-  
men. Einer ausführlicheren Meldung über die Aeuße-  
rungen des Grafen Kalnochy entnehmen wir heute  
noch Folgendes: Erkenne beziehe die Bevölkerung  
Oesterreich-Ungarns größentheils aus Katholiken.  
Deshalb wünsche die Regierung in richtiger Würdi-  
gung der berechtigten Erwünschungen derselben für den  
Papst eine Stellung, welche eine völlige Unabhängig-  
keit in sich schliesse, wie sie dem Haupte der katho-  
lischen Kirche nothwendig sei. Zweitens gehe der  
Wunsch der Regierung dahin, daß zwischen dem  
Papstthum und dem italienischen Königreiche Frieden  
bestehe. Die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns wünsche  
jedoch allgemein mit der italienischen Nation  
in Frieden und Freundschaft zu leben.  
(Beifall) Oesterreich-Ungarn sei mit Italien in ein  
vollständiges Bündniß getreten, welches eine  
der Grundlagens seiner Politik sei. (Beifall)  
Herr Kalnochy sagte, man könne somit nicht in das  
von Zullinger angeregte Problem eingreifen, ohne  
die Wünsche der italienischen Nation zu verletzen,  
welche zu verlegen Oesterreich-Ungarn seinen Anlaß  
und seinen Wunsch habe. (Rufe: "Sehr gut!")  
Uebrigens wolle er aus alledem keine Schlussfolgerung  
ziehen, weil die Lösung des fraglichen Problems  
bisher noch Niemanden gelungen sei. — Gerüchte  
über Ministerkrisen kommen aus Wien. Nach  
einer Berlin soll der Cultusminister v. Gausch  
zurückzutreten bedürftigen in Folge der misslungenen  
Versuche, eine polnisch-deutsche Mehrheit zu schaffen.  
Nach anderweitigen Meldungen soll auch der Minister  
Jalewsky zu demissioniren bedürftigen in Folge  
der Wehrhülfe des Polenclubs bei dem letzten  
Wiener Börsentrag.

Ueber die französischen Pläne in Nord-  
afrika gab Ministerpräsident Freycinet am Freitag  
in der Eisenbahncommission der Deputirtenkammer  
berühmte Erklärungen. Der Gesetzentwurf zur  
Verlängerung der Eisenbahnlinie nach Afrika sei  
keineswegs die Einleitung zu einer offenen Ope-  
ration; dieselbe sei allein bestimmt die Möglichkeit  
zu liefern, die Ueberwindung des äußersten Südens  
von Oran durchzuführen. Er sei nicht ein Feind  
des Nordens gewesen. In Afrika selbst scheint  
man der Genügsamkeit der Franzosen weniger zu  
trauen. Nach Behauptungen aus Tanger hätten  
sich nämlich Häuptlinge der Tatar-Stämme unter  
das Protektorat Marokkos beifug Wahrung  
ihrer Unabhängigkeit gegenüber Frankreich.  
In Italien macht gegenwärtig der in Massana  
verhandelte Prozeß Livraghi großes Aufsehen.

Am Freitag brachte der bekannte irrendenische Abg.  
Imbriani die Angelegenheit in der Deputirten-  
kammer in Form einer Interpellation zur Sprache.  
Imbriani verlangt zu wissen, welche Maßnahmen die  
Regierung gegen den General Baldissera zu  
ergreifen gedenke, welcher von seiner Strafflosigkeit  
überzeugt in dem Prozeß Livraghi in Massana sich  
einiger Worthatungen schuldig bekannt hätte,  
indem er zugab, zu denselben Auftrag erteilt zu  
haben. Der Ministerpräsident hat, die Inter-  
pellation bis zur Beendigung des Prozeßes zu ver-  
schieben, indem er erklärte, er könne es unbedingt  
nicht zulassen, daß in die Rechtspflege des Landes  
der geringe Zweifel gesetzt werde. Die Kammer-  
gang, dem Verlangen des Ministerpräsidenten ent-  
sprechend, nicht in die Debatte über die Interpellation  
ein. — Im Prozeß Livraghi selbst wurden am  
Freitag weitere Zeugen vernommen, unter ihnen die  
Generale Cossato und Drero. Letztere sagten  
übereinstimmend aus, die Befehle zur Hinrichtung  
seien ihrer eigenen Initiative entsprungen; eine Ein-  
mischung der Angeklagten sei ausgeschlossen gewesen;  
dieselben erteilten ferner über Adam und Livraghi  
eine vorzügliche Auskunft. Der Staatsanwalt be-  
harrte auf den Vernehmungen der Belastungszeugen,  
um über einige anderweitige Thatfachen von gewisser  
Bedeutung Ausklärungen zu erhalten, brühte jedoch  
zugleich die Ueberzeugung aus, daß der Prozeß durch  
den Haß der Parteien hervorgerufen sei.

Das englische Parlament wird nach einem  
Wolffischen Telegramm aus London am 9. Februar  
künftigen Jahres wieder zusammentreten.

Die liberale Liga in Belgien hielt am  
Freitag in Brüssel ihre Generalversammlung ab.  
In dem zur Vorlesung gelangten Bericht über das  
verfloßene Jahr wird ausgeführt, der Generalrat  
der liberalen Liga sei überzeugt, daß das allgemeine  
Stimmrecht gegenwärtig für Belgien nicht passe.  
Der Bericht schloß ferner den Entschluß der Liga  
aus, das Wahlprojekt der Regierung, welchem der  
Minister Bernart seine Unterstützung geliehen habe,  
abzulehnen.

Der Führer der dänischen Linken, Reichs-  
tagsabgeordneter G. Berg, der langjährige Präsident  
des dänischen Volksting, ist am Donnerstag früh  
im Alter von 62 Jahren am Herzschlag gestorben.  
Der Tod Bergs bedeutet einen schweren Verlust für  
den dänischen Liberalismus, insbesondere für die  
äußerste Link. Berg war die Seele des langjährigen  
Kampfes der dänischen Linken gegen das verfassung-  
brüchige Ministerium Gärup.

Die rumänische Deputirtenkammer ist  
am Freitag durch den König mit einer Thronrede  
eröffnet worden, in welcher auch die letzte Reise des  
Königs nach Italien und Deutschland erwähnt wird.  
Die Thronrede stellt die rumänischen Finanzen und  
die neue Zollgesetzgebung als sehr günstig dar und  
zählt abetand eine Reihe von einzubringenden Ge-  
segentwürfen auf.

Die Lage in Brasilien ist, wie sich jetzt  
immer mehr herausstellt, durch den Rücktritt des die-  
herigen Präsidenten Fonseca noch keineswegs geklärt.  
Nach einer Meldung des "Reut. Bur." aus Rio de  
Janeiro hätte das neue Kabinett die Wiedererhebung  
der abgesetzten Regierung von Rio Grande de Sul  
verlangt. Die Provinz hätte sich indessen ge-  
weigert, dieser Forderung nachzukommen und drohte  
mit generalisimem Widerstande. Weiter wird dem  
"Reut. Bur." aus Buenos-Ayres gemeldet, die Ent-  
lassung der durch die Aufständischen der Provinz  
Rio Grande gebildeten Armee sei suspendirt; man  
fürchte Verwundungen. Die Flottille auf dem oberen  
Uruguay habe sich der revolutionären Bewegung nicht  
angeschlossen. Nach "Times"-Meldungen aus San-  
tiago wird in der Provinz Rio Grande der in Folge  
der Abhandlung des Präsidenten Fonseca fastgefangene  
politische Beschäftigte nicht als genügend erachtet.

Aus Argentinien kommen telegraphische Mel-  
dungen von der Verhaftung von etwa 20 Offizieren,  
die gegen die Regierung conspirirt haben sollen.

Anderweitige Meldungen bezeichnen diese Nachrichten als übertrieben, die Disziplin seien schon nach dem ersten Verbot wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — Einem Telegramm aus Buenos-Ayres zufolge drohen die Anhänger des General Rosas mit einer Empörung, falls er nicht zum Präsidenten gewählt werden sollte.

Ueber die revolutionäre Bewegung in China wird dem Londoner „Daily Chronicle“ weiter aus Tientsin gemeldet, daselbst sei die Nachricht eingetroffen, daß die Truppen der chinesischen Armee dem Blutbade, das unter den belagerten Missionaren angerichtet wurde, ruhig zugehört hätten, ohne den Grausamkeiten zu wehren. Das Ministerium behauptet zwar, daß ihm von dieser Thatfache amtlich durchaus nichts bekannt sei, trotzdem werde die Nachricht von allen, welche die chinesischen Truppen kennen, für sehr wahrscheinlich gehalten. — Die revolutionäre Bewegung im Norden breitet sich immer weiter aus; die rebellischen mongolischen Truppen rücken nach Süden vor, ein Zusammenstoß zwischen ihnen und der kaiserlichen Armee ist in aller nächster Zeit zu erwarten. In Peking und den umliegenden Distrikten herrscht kalte Demurrirung.

Zur Lage auf Samoa wird auf Grund von Nachrichten, die ein amerikanischer Landcommissar nach San Francisco gebracht haben soll, aus London gemeldet, daß Mataafa noch immer den Thron beansprucht und von verschiedenen Hauptlingen dabei unterstützt wird. Ein Krieg sei sicher, wenn sich die Mächte nicht einmischen. Baron Plösch sei noch in Amt gewesen, als der amerikanische Commissar abreiste und soll bis zum Januar in seiner Stellung verbleiben wollen.

### Deutschland.

Berlin, 30. November. Gestern Vormittag verließ der Kaiser zunächst im Arbeitszimmer. Gegen 10 Uhr fuhren der Kaiser und die Kaiserin nach Potsdam, um dem Gottesdienste in der Friedenskirche beizuwohnen. Nach Beendigung des Gottesdienstes begab sich der Kaiser zur Empfangsbegrüßung des Königs von Dänemark nach dem Bahnhofs zu Potsdam und geleitete den erlauchten hohen Gast nach dem Potsdamer Stadtschloß. Der Kaiser lebte alldamals zum Neuen Palais zurück. — Die Kaiserin Friedrich traf, von Frankfurt a. M. kommend, mit der Prinzessin Tochter Margaretha gestern Vormittag 8 Uhr auf der Potsdamer Bahn in Berlin ein und wurde von der erdprinzlich-sachsen-meiningischen Herrschaft, dem Hofmarschall Freiherrn v. Reishagen und anderen Herren des Hofstaats auf dem Bahnhofs empfangen und nach dem Palais Unter den Linden geleitet. — Prinz Heinrich von Preußen traf am Sonnabend Abend von Hummelshaus wieder in Berlin ein und kassierte alsobald dem Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen einen längeren Besuch ab. Noch am Abend setzte er seine Rückreise nach Köln fort.

— Der König von Dänemark traf am Sonntag Mittag mittels Sonderzuges in Potsdam ein und wurde auf dem Bahnhof, der mit dänischen und deutschen Wappen und Fahnen geschmückt war, vom Kaiser und dem Prinzen Friedrich Leopold empfangen. Zur Eröffnung militärischer Ehren war eine Compagnie des Garde-Jägerbataillons mit Musik und Fahne auf dem Bahnhof aufgestellt. Bei der Einfahrt des Zuges spielte die Musikcapelle die dänische Nationalhymne. Die Begrüßung des Kaisers mit dem König von Dänemark, der die Uniform seines künftigen Anwarts-Königs trug, war äußerst herzlich. Nach der Vorhaltung des beiderseitigen Erfolges schritten beide Majestäten unter den Klängen des Königsmarsches die Front der Ehrencompagnie ab und begaben sich dann vor den Bahnhof, wo eine Escadron Garde-Ulanen Aufstellung genommen hatte. Die Majestäten bestiegen einen vierhändigen offenen Wagen und fuhren, je ein Zug Ulanen vor und ein Zug hinter dem Wagen, unter den brauzenden Jubelrufen der zahlreichsten Menschenmenge nach dem Stadtschloß. Hier eingetroffen, bestiegen die Majestäten die im Schloßhofe aufgestellte Leib-Compagnie des 1. Garde-Regiments zu Fuß. Die Musik spielte den dänischen Königsmarsch. Hieraus folgte Paradezug der Compagnie und der Ulanen-Compagnie. Beide Majestäten begaben sich hierauf in das Innere des Schloßes, wo großer Empfang stattfand. Sr. Maj. der Kaiser lebte nach dem Empfang nach dem Neuen Palais zurück. Der König von Dänemark begab sich mittags nach dem Neuen Palais, wo er von der Kaiserin empfangen wurde. Nach dem Frühstück unternahm der Kaiser und der König im offenen vierhändigen Wagen eine Spazierfahrt in der Umgebung Potsdams. Abends 7 Uhr fand große Tafel von 100 Gedecken statt. Die Abfahrt des Königs erfolgte abends 10 1/2 Uhr von der Wiltshausstation aus.

— (Dem Reichstag) ist am Sonnabend ein

umfangreiches Weißbuch über den Bürgerkrieg in Chile zugegangen.

— (Abg. Fürst Bismarck.) Große Heiterkeit erregte es in der Sonabend-Sitzung des Reichstags, als der Vizepräsident Graf Bismarck nach der Rede des Abg. Babel aus der kenographischen Niedersticht derselben die Worte hervorhob: Fürst Bismarck habe seine amtliche Stellung dazu benützt, seine politischen Gegner zu verächtlichen und herabzusetzen und jetzt dieses System auch jetzt noch nach seiner Verabschiedung fort und alldamals Herrn Babel zur Denkung rief, weil eine solche Denkart gegen ein Mitglied des Hauses unzulässig sei. Als Babel erwiderte, Fürst Bismarck sei noch nicht in das Haus eingetreten, entgegnete der Präsident, das hat mit der Sache nichts zu thun.

— (Aus dem Reichstage.) Ich halte es nicht für angeklommen, sagte am Freitag Herr von Caprelli, daß in nächster Winter die Regierung mit diesem hohen Hause in Verhandlungen darüber einzutreten werde, wie die folgende Verordnungsliste ausgehen werden kann, um auch unsere Wünsche entsprechend zu befriedigen. Die Zeitbestimmung „im nächsten Winter“ kann sich der Natur der Sache nach nur auf die Session 1892/93 beziehen. Als Abg. Dr. Vahl bemerkte, er fasse das so auf, daß es in der Rücksicht der Regierung liege, die zwei- bis dreijährige Dienstzeit einzuführen, sah sich der Reichstangler nicht veranlaßt, Einspruch zu erheben.

— Die erste Lesung des Trunkstichgesetzes (entwurf) ist nach der Vorklause des 1. Abg. Dr. Vahl bemerkt, er fasse das so auf, daß es in der Rücksicht der Regierung liege, die zwei- bis dreijährige Dienstzeit einzuführen, sah sich der Reichstangler nicht veranlaßt, Einspruch zu erheben.

— (Deutsch-russische Handelsbeziehungen) wieder anzuknüpfen, sollte nach russischen Blättern von Seiten Deutschlands der Versuch gemacht worden sein. In einer offiziellen Berliner Meldung des „Handelskorrespondenten“ wird diese Nachricht als jeglicher Begründung entbehrend bezeichnet.

— (Die Verhandlungen der General-synode) über die Mitwirkung derselben bei der Besetzung der evangelisch-theologischen Professuren an den Universitäten werfen ein interessantes Schlaglicht auf die Haltung der Vorsitzenden der Synode, daß das Streben derselben, namentlich insofern es sich um die Selbstständigkeit der evangelischen Kirche und um die Befreiung derselben von den Banden des Parlamentarismus handle, nicht gegen die Stellung des Königs als des Summepiscopus gerichtet sei. Trotz der Abmahnung des Präsesenten des Oberkirchenraths hat die Mehrheit der General-synode am Freitag vor. Woche an dem in früheren Sessionen gefaßten und vom Kirchenregiment zurückgewiesenen Beschlusse festgehalten, daß zum mindesten dem Vorstand der Synode eine Mitwirkung bei der Ernennung der theologischen Professoren eingeräumt werden sollte. Hier kommt nicht der Landtag, sondern der Cultusminister in Frage, der Ernennungen dieser Art nur mit Zustimmung des Königs vollziehen kann. Und die Mehrheit der Synode haben unabweisend erklärt, daß der General-synodalvorstand die Aufgabe haben solle, von König in seinen Entschliessungen zu beeinflussen. Herr v. Kleff-Negow hat sogar ausdrücklich auf die Berufung des Würzburger Professors Garnack nach Berlin hingewiesen und diesen Vorgang als einen Nothbehelf bezeichnet, gegen dessen Widerkehr Hilfe geschaffen werden muß. Es kommt darauf an, führte der Redner aus, wenn die Kirche in irgend einem Organ E. M. dem König ein Gutachten abzugeben hat, welches Gewicht legt Sr. Maj. demselben bei. Es ist doch etwas Anderes, ob Sr. Maj. eine Persönlichkeit vor sich hat, die Er berufen hat und die Er. Maj. gegenüber eine bürokratische Stellung hat oder ob der König weiß, dahinter steht die ganze Kirche. Da glaubt man nicht, wenn Herr Vahlhausen allein spricht; wenn dagegen der General-synodalvorstand herangezogen wird, so glaubt es Sr. Maj. der König. In, er braucht es gar nicht zu glauben, es versteht sich von selbst, denn er ist das Organ der Vertretung der ganzen Kirche. — Der ganze Kirche! Selbst wenn man zugeben wollte, daß die General-synode als solche die ganze evangelische Kirche repräsentiert, so würde der fragl. Beschluß, der mit 90 gegen 76 Stimmen gefaßt worden ist, nicht als Willensausdruck der Kirche aufgefaßt werden können. Aber ganz abgesehen davon: die General-synode ist dank dem künftigen Filialsystem, dem sie ihre Zusammenfassung verdankt, nicht sowohl eine Vertretung der Kirche als solcher — denn dazu gebören doch vor allem die Laien — sondern in erster Linie der evangelischen Geistlichkeit und zwar dringenden, die sich die Unterdrückung jeder freien Forschung zur Aufgabe gemacht hat. Dieser die Herrschaft über die theologischen Fakultäten zu sichern — das ist das Ziel des am Freitag gefaßten Beschlusses.

### Wermischtes.

\* (Die Raht kein Hinderniß mehr bei der

Arbeit.) Der Arbeiter auf dem Weltausstellungsplatz in Chicago beträgt jetzt volle 24 Stunden, d. h. es wird ohne Unterbrechung gearbeitet. Sobald die eine Abtheilung von Arbeitern für Tage, resp. Nacht-Tag beendet hat, tritt die andere an deren Stelle. Hunderte von Bogelampfen erleuchten den Arbeitsplatz in den ständlich der Unter-schied zwischen Tag und Nacht verschwindet. Zwei Sägenmühlen sind im manchester'schen Park mit Arbeit von drei Arbeiter-Abtheilungen besetzt, von denen jede 8 Stunden hindurch am Platz bleibt. Gewöhnlich ist noch ein geringer Unterschied zwischen der Leistungsfähigkeit der Mühlen bei Tage und bei der Nacht zu verzeichnen, doch trotz der Nacht durch die elektrischen Lampen hervorgero-brochene Helle die Arbeit nicht so sicher von Seiten geht, als am Tage. In kurzer Zeit werden sich jedoch die Arbeiter an das ständige Licht gewöhnen. An einem anderen Plage ist eine größere Uebersetzung von unten mit der Unterstützung der Ulanen beschäftigt. Dagegen Majestäten mit erkrankten Soldaten abwechselnd wählen lebhaft und doch unermüdet in dem ihren Thun und nicht daran denken das höhere werden in einem Zeitraum von 24 Stunden ausgehen und aus dem Wege geschafft. Das Bild, welches der Weltausstellungsplatz dem fremden Besucher bietet, ist ein großartig schönes. Das Innere und hoch, und klarheit und hoch und das Geräusch, welches die mächtigen Wellen schlagen vernehmen, während sie sich durch die vielen Ecken hängen, wird in weitem Umkreise gehört. Die Leute, welche die Majestäten bedienen, nehmen sich im elektrischen Licht wie Frauen aus und das Gange geht auf den Fußboden, falls es einmüde mit Platanen be-gangt ist, den Eindruck, als ob hier eine Sage vorwärtig würde.

\* (Verhandlungen von Vorklause) sind in den Vereinigten Staaten nichts seltsames, doch kamen sie bisher ziemlich ausnahmslos „weit hinten“ in Tages und Nacht, Staaten vor, wo die Richter „Säulen“ heißen und der Rechtshandlung durch unbewohnte Wälder dahinrollt. Im so überaus großer wird ein Vorfall dieser Art her sich in der Nacht zum 13. November in der Nähe von Chicago ereignete. Um 11 Uhr abends verließ hier ein Zug der St. Paul-Bahn den Bahnhof, um über Milwaukee nach dem Norden zu fahren. Als bereits 45 Minuten nach Abreise von dem Haupt-Station abwärts, landeten auf der Accononon mit sechs auf, die mit vorwiegend Revolver den Passagieren und der Heizer umgaben, den Zug auf offener Prairie halten zu lassen. Warum war dies geschehen, als eine Bande von Kerlen erschien, um mit ihren beiden Genossen, die vom Bahnhofs aus die Besatzung zu erreichen hatten, einen Angriff auf den „Express Car“ zu machen. Diese Car ist die Schatzkammer eines amerikanischen Bundes; sie befördert häufig große Geldsummen, die hier oftmals mit der Post durch die Expressgesellschaften befördert werden. Die in dem Expresswagen anwesenden Angehörigen der Expressgesellschaften waren Alarm gefaßt und die Züge ihres Wagens veranlaßt. Als sie sich versammelten, trug man sich auf, den Kerlen abzuwehren. Schieß- und Schreie zu hören, brachten die Räuber beschleunigt mittels zweier Dynamitkugeln, was in der Richtung des Bahnhofs hinführte, nicht vorzukommen. Sie nahen nun in aller Eile die eiserne Schloß, in welchen die Expressgesellschaft die ihr zur Beförderung übergebenen Summen zu verwahren pflegt, aus dem Wagen. Bisher ist erbeutet, ist noch nicht bekannt; man spricht von einer sehr hohen Summe, und schon wird der Verdacht laut, daß Vorklause, welche um die große Geldsumme wußten, mit den Räubern gemeinschaftliche Sache gemacht. Als bei der Nacht von dem Vorfall nach Chicago gekommen war, ging alsobald ein Sonderzug mit schwer bewaffneten Polizisten nach dem Theatervor, wo schon Vieles zur Befolgung der Räuber bereit fanden. Der Fall ereigte ge-waltigste Aufsehen. Diesmal wurden die Reisenden nicht so glücklich. Von den Räubern hat man bis jetzt keine Spur gefunden.

\* (Ein schriftstellerisches Geheimniß) Wer kann die unbestimmten Briefe, welche von Zeit zu Zeit in Frankreich mit allen Papieren verlegt werden? Die Urheber neuerlicher Romane und Bühnenstücke. Selbstverständlich sind die meisten dieser Briefe laune Risse, aber man kann auch ein heiliges Schriftstück, Stoff zu einem ganzen Roman, gewöhnlich einen Einblick in Familien- und andere Verhältnisse, wie er nicht anders geacht worden kann und auf anderem Wege gar nicht zu erreichen ist. Die heilige Schrift mehr und tiefere Aufsätze; als selbst die un-wasserdichten Verträge der großen Bedauern. Sie sind geradezu unerschütterlich in einer Zeit, wo alle Schrift-steller nur nach den Dellen, nach bewährten Umländen arbeiten wollen. Die Zahl der unbestimmten Briefe ist zwar verhältnißmäßig sehr klein, aber bei mehreren Hundert Millionen durch die Post beförderten Briefen ist ein gewisses Stück immer vorhanden. Kürzlich wurden 30 000 in Tours öffentlich verkauft. Selbstverständlich werden Briefe gleich alten verkauft, erst nach mehreren Jahren verkauft, wenn nicht mehr an deren Rückforderung zu denken ist.

### Wiltshaus.

Deutschland. Ein Colmarbataillon soll den „Somb. Nacht“ zufolge von Colmar nach Würzburg verlegt werden, um eine bessere Verbindung der Truppen im Schickselgehe herbeizuführen. — Von großen Um-gängen der älteren Kaiserliche erhalt die „M. R. C.“ Die Umbauten sollen sich in erster Reihe auf den „Kaiser“ und „Deutschland“ und die beiden Thurnschiffen, „Friedrich der Große“ und „Preußen“ beziehen. Es ist darauf abgesehen, diese Schiffe zur Abwehr von Torpedoschiffen mit 10 Schußlabellanonnen bzw. Maximianen zu besetzen. Falls der Revolverkanonen zu besetzen. Um den Verkehr zur Lebensformen, von denen demnach auch größere Schiffe zu ge-winnern, werden dieselben in zeitigen halben Stunden, Ausbauten, gegen Schiffsaneren aufgestellt, von denen jedes bei im Umlauf befindlichen Kaiserliche 4 und zwar je 2 am Bug und 2 am Heck und auf jeder Seite 1 erhält. „König Wilhelm“, die bisher des größte Panzerschiff, soll sechs bekommen. Die übrigen Schnelllabellanonnen werden darweise auf das Heck und die Mitte des Schiffes vertheilt und dementsprechend auf die Kampagne, die Bad und die Umbauten, die heute plant, wie es kein Panzerschiff „Friedrich der Große“ bereits gefaßt ist. Weltweit soll auf den ge-nannten Schiffen auch die drei mächtigen Fragmente aufgelegt ein einziges einmüde Wiltshaus mit Mars- und Signalen treten. Der neue Mars ist zur Aufnahme von letzten Erträgen befaßt Abwehr von Torpedoschiffen eingerichtet. Ein Theil dieser Veränderungen ist bereits ausgeführt worden.





Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 29. November.)
Der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Etatsberatung. Als erster Redner ergab sich Herr v. Hügel (links) das Wort. Er erklärte, dass die Betrachtung der allgem. Lage durch den Reichstag an sich eine andere Gelegenheit darbietet, der Ansicht des Reichstages über die Regierungsverhältnisse in Polen Hinweis zu thun, welche hier aber nicht vorliegt, da diese Angelegenheit in der Hauptsache durch die Reichstagskommissionen anzuhandeln ist.

Die erste Beratung des Etats kommt, wie man annimmt, Montag zum Abschluss. Am Dienstag folgt dann die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete.

Praxis und Angelegen.

Durch eigene Unvorsichtigkeit kam am Sonnabend der Hilfsweihensteller Roser aus Wörlitz auf dem

Halle'schen Personenbahnhofe ums Leben. Derselbe wurde, als er dem eben vorbeifahrenden fahrerlosen Sonderzuge nachfolgte, von dem 12 1/2 Uhr hier einlaufenden Halberstädter Zuge erfasst und überfahren. Der Körper des Mannes war scheidlich zermalmt; die einzelnen Glieder lagen zerstreut auf dem Bahnhofkörper umher.

In Kassel wurde der Schreiner Wilhelm Hartung aus Heringshausen, der beschuldigt ist, seine Braut ermordet zu haben, vom Schwurgericht des Landgerichts schuldig erkannt und zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

In dem Orte Ringelheim im Kreise Goslar starb dieser Tage ein Veteran von Waterloo, der alte Blüth Blume, der erst in dem jugendlichen Alter von 15 Jahren als Muffler die bezeichnete Schlacht mitmachte. Blume diente 51 Jahre und ging 1866 in Pension.

Spiele mit dem Feuer hat im Dorfe Reßen bei Halle zwei Opfer gefordert. In der Arbeiterkaserne des dortigen Rittergutes wurde am Donnerstag früh starker Rauch und Feuerzeichen bemerkt. In der Wohnung des Arbeiters Wohla brannte es. Die Eheleute G. hatten die Wohnung bereits verlassen und die drei Kinder von 2, 5 und 8 Jahren befanden sich allein in derselben. Als Leute in die Wohnung einbrangen, fanden sie die beiden ältesten dem Gesinde nahe unter einem Bett liegen, das jüngste am offenen Fenster sahen. Die Kinder hatten an der Dachschräge gespielt und dabei ein Bett in Brand gesetzt. Da die Wohnung verschlossen war, vermochten sie sich nicht selbst zu retten. Einem der Kinder, ein Knabe von 5 Jahren, kam am folgenden Tage, das älteste, ein Mädchen von 8 Jahren, folgte ihm Sonntag früh in der Halle'schen Klinik.

Die Hofjagd in Hummelshaus am 27. Novbr. hatte folgendes Ergebnis: Der Kaiser erlegte 5 Rothhirsche, 1 Damhirsch, 18 Reiter, 16 Hasen, 16 Frischlinge, 1 Fuchs, 2 Hasen. Der Herzog, welcher wenig jagte, um die Wähe zum Schutz kommen zu lassen: 1 Wache, 3 Frischlinge. Der Großherzog von Weimar: 1 Rothhirsch, 2 Damhirsche, 6 Hasen, 21 Frischlinge. Prinz Heinrich von Preußen: 1 Rothhirsch, 2 Damhirsche, 4 Reiter, 4 Hasen, 21 Frischlinge. Der Erbprinz von Weimar: 1 Rothhirsch, 1 Damhirsch, 2 Damhirsche, 1 Reiter, 3 Hasen, 17 Frischlinge. Der Erbprinz von Schaumburg-Lippe: 1 Rothhirsch, 2 Reiter, 2 Hasen, 4 Frischlinge. Prinz Moriz: 1 Rothhirsch, 3 Damhirsche, 1 Reiter, 1 Wache, 9 Frischlinge, 1 Kanarienvogel. Prinz Albert: 2 Rothhirsche, 1 Rothhirsch, 1 Damhirsch, 6 Hasen, 9 Frischlinge, 1 Hasen. Prinz Ernst: 1 Rothhirsch, 2 Damhirsche, 1 Wache, 5 Frischlinge.

Localnachrichten.

Mersburg, den 1. Dezember 1891.

Er. Maj. der Kaiser stellte mittels Cabinetsordre den Herzog von Altenburg à la suite des Thüringischen Husarenregiments.

Im dem gestern zur Verpachtung des hiesigen Rathschellers abgetheilten Termine wurden nur zwei Gebote abgegeben und zwar das höchste mit 1325 M. pro Jahr von dem jetzigen Pächter, Herrn Restaurateur Röhmert. Ein Herr Caspien hatte 1300 M. geboten. Der Zuschlag wurde noch vorbehalten.

In einer am Sonnabend Abend in der „Reichsfreie“ abgehaltenen Gewerbevereins Versammlung sprach Herr Riosch aus Berlin, Mitglied des Centralraths der deutschen Gewerbevereine, über gewerbliche Schiedsgerichte. Redner verfolgte den Entwicklungsgang des Gedankens, der in diesen Gerichten verkörpert ist, von seinem Ursprunge an, der bis in das Mittelalter hinaufreicht und begründete damit das Streben nach der Einrichtung gewerblicher Schiedsgerichte als ein in jeder Beziehung berechtigtes. Auf das im vorigen Jahre vom Reichstage angenommene Gesetz über diese Gerichte eingehend, beleuchtete Herr Riosch in fesselnder Weise die Vortheile der Rechtsprechung gewerblicher Schiedsgerichte gegenüber denjenigen von Bürgermeistern, Stadträthen, Juristen u. gefällten Urtheilen in gewerblichen Streitfällen. Zu bebauern seien nur die Beschränkungen, welche dem betreffenden Gesetz noch anhaften. Besonders betonte der Referent auch die Fähigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte, bei drohenden Arbeitsstörungen als Einigungsämter zu dienen. Bis jetzt hätten denn auch etwa 200 Städte die hohe Bedeutung dieser Schiedsgerichte im sozialen Kampfe unserer Zeit erkannt und seien der Einrichtung solcher bereits näher getreten. Auch für Mersburg und seine gewerbtreibende und Arbeiterbevölkerung würde ein gewerbliches Schiedsgericht von Nutzen sein und deshalb müsse

die Agitation für ein solches eifrig betrieben werden. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhaftere und längere Debatte, in der von mehreren Seiten die Ueberzeugung zum Tage trat, dass sich unsere schiedsrichterlichen Behörden wiederholten Wünsche nach Einrichtung eines gewerblichen Schiedsgerichte seitens unserer Arbeiterbevölkerung nicht verschließen würden. Zum Schluss gelangte eine dahingehende Resolution zur Annahme und wurde gleichzeitig beschlossen, dieselbe, mit entsprechender Begründung und möglichst zahlreichen Unterschriften versehen, den Stadtbehörden zugehen zu lassen.

Am heutigen Tage existirt die Firma G. W. Jul. Blande & Co. hier fünfundzwanzig Jahre. Der im November 1885 verstorbene Begründer derselben, Herr Fabrikbesitzer Jul. Blande, trat am 1. Dezember 1866 in den Besitz der im Laufe desselben Jahres infolge der feierlichen Ereignisse in Concurs gerathenen Fabrik der Herren Köppe u. Krapphof. Der letztgenannte Fabrikhaber blieb noch mehrere Jahre Compagnon des Herrn Blande, schied dann aus und machte damit einem Herrn Friede Blag, der ebenfalls, wenn auch nur kurze Zeit, als Mitinhaber fungirte. Die Fabrik beschäftigte in der ersten Zeit der Uebernahme durch die jetzige Firma etwa 40 Arbeiter und zwar hauptsächlich mit der Herstellung von Armaturen für Maschinen und Dampfmaschinen, die noch heute den bedeutendsten Gewerbezweig der Fabrik bilden. Im Laufe der Jahre wuchs das Establishment unter der ingeniöser Leitung des Herrn Blande zu immer größerer Bedeutung heran, auch wurde seine Fabrikation durch die Herstellung vollständiger Maschinenfabriks-Einrichtungen erweitert. Bei dem Hinscheiden des Begründers der Firma erwies sich das theilweise hier herangezogene Personal der Fabrik als so gut geschult und in den gesammten Betrieb eingeweiht, dass die hinterlassene Gattin des Verstorbenen mit dem vorhandenen Stamme bewährter Leute das umfangreiche Geschäft ohne Störung weiterführen konnte. Sogar die bei der Leitung des Ganzen betraut sind seit dieser Zeit die Herren Procuristen Sauer und Franz; sie bilden gleichzeitig mit dem Techniker Herrn Langer das Directorium der Fabrik, die jetzt mit ihren mehr als 400 Arbeitern zur weitestgehenden Deutschlands auf dem von ihr beherrschten Gebiete herangezogen sind und deren Erzeugnisse in allen Welttheilen Verwendung finden. Mit sorgsamem Auge überwacht Frau Blande selbst den Geschäftsbetrieb; täglich hält dieselbe Sprechstunden ab, in denen sie für die Arbeiter ihrer Fabrik zugänglich ist, um etwaige Beschwerden u. entgegenzunehmen. Von den bei der Eröffnung der Firma eingetretenen Personen befinden sich noch drei in der Fabrik in Thätigkeit. Es sind dies die Herren F. Schmieder, R. Steiskal und G. Krause. Möge das Establishment den Weg von fünfundzwanzigjährigen zum fünfzigjährigen Jubiläum der Firma wie bisher mit dauerndem Erfolge und wachsendem Glücke zurücklegen.

Bei Berningerode wurde ein gefangener Maulwurf mikroskopisch untersucht, wobei es sich herausstellte, dass er Erbsen in großer Zahl enthielt. Es ist dies eine Mahnung für die Landwirthe, getödtete Maulwürfe nicht, wie dies geschieht, auf die den Schweinen zugänglichen Düngerhaufen zu werfen (weil sie von den Schweinen gefressen werden könnten), sondern sie zu vergraben.

Die Eisenbahndirection in Bromberg hat die Frage, wann ein Plag im Eisenbahncoupee als belegt gilt, folgendermaßen beantwortet: „Bei dem Antritt der Fahrt genügt das bloße Belegen mit Gepäckstücken nicht, um dem Reisenden den Plag zu sichern, sondern jeder später erscheinende Koffer hat das Recht, die Gepäckstücke weiter zu schieben und den Plag einzunehmen. Wenn man aber während der Reise auf einer Zwischenstation für kurze Zeit seinen Plag verlässt, so muss das Anrecht auf denselben — falls man ihn mit Sachen belegt hat — respicirt werden. Unterlässt man aber die Belegung in einem solchen Falle, so verliert man das Anrecht auf den Plag.“

Vermischtes.

(Zum Frauenmord in Berlin.) Ein angeblicher Schlicher oder Keller-Gast Schulte, der sich dieser Tage selbst als der Mörder der Wittbe bezeichnete, ist jetzt als ein bedauerlicher Weise festgestellter, der sich einige Tage beschäftigungslos und wohnungslos umhergetrieben und nach seiner jetzigen Aussage die erste Angabe nur gemacht hat, um ein Unterkommen zu finden. — Eine in einem Orte der Provinz Sachsen in dieser Angelegenheit erfolgte Verhaftung hat auch nicht zu dem erwarteten Ergebnis geführt. Der Festgenommene schien nicht belastet zu sein, hat aber wieder entlassen werden müssen.

(Zum Raubmord der Wögel.) Drei bei der Ergreifung Wögel's vornehmlich thätig gewesene Polizeibeamte in Geymann's haben nach der „Post.“ neuerdings seitens des Untersuchungsrichters zu Sandau von der ausgesetzten Belohnung Beträge in Höhe von 300 Mark, 80 Mark und 20 Mark ausgehändigt erhalten. Eine weitere



# Merseburger Correspondent.

Abdomentische Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abdomentpreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
30 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark  
35 Pfg. durch die Post.

No. 237.

Dienstag den 1. Dezember.

1891.

Für den Monat Dezember werden Abonnements  
auf den  
**„Merseburger Correspondent“**  
zum Preise von 10 resp. 12 Pf. von allen Postan-  
halten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegen-  
genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des  
Blattes die zweckentsprechende Vertheilung.

## \* \* Aus dem Reichstage.

Die Rede des Reichskanzlers vom letzten Freitag  
und vor allem die Bemerkungen desselben über den  
Untergang des Kartells haben bei den Ueber-  
wachten des letzteren, wie zu erwarten war, sehr pei-  
nliche Eindrücke hervorgerufen. Herr v. Caprivi ver-  
stehliche die Regierung gegen den Vorwurf, die  
Kartellparteien zersplitzert zu haben und bemerke  
zunächst, die letzten Wahlen seien vorgenommen  
worden, ehe diese wichtige Regierung an Ort und  
Stelle gewesen. Dann aber fügte er hinzu, die Re-  
gierung würde, falls nämlich die Kartellmehrheit die  
letzten Wahlen überhand hätte, auch mit ihr weiter  
geleitet haben. Wenn eine compacte Masse der Kartell-  
mehrheit dagewesen wäre, würde die Regierung ihr  
gern die Hand gegeben und — das war die bittere  
Pille für die Reste der ehemaligen Bismarck'schen  
Mehrheit — würde den Versuch gemacht haben, wenn  
andere sie noch zu dieser Masse heranziehen könnte.  
Diese Kartellparteien, so schloß Herr v. Caprivi,  
waren aber nicht mehr da, und wenn sie noch weiter  
zufallen würden, so liegt das eben in den inneren  
Motiven, nicht aber an dem bösen Willen oder dem  
Ungehör der Regierung. Mit anderen Worten  
heißt das: Wir, d. h. die Regierung würden und  
ja die Unterstützung einer Kartellmehrheit haben ge-  
fallen lassen; aber die Zumuthung, uns abschließ-  
lich auf die Kartellparteien zu stützen, würden wir  
auch dann zurückgewiesen haben, wenn dies Parteien  
noch über die Mehrheit verfügten. Die Regierung  
hat nun einmal das Bestreben, mit allen denen, die  
ein Interesse an der Erhaltung des Staates und  
des Reiches haben, — und solche gibt es nach ihrer  
Ansicht auch außerhalb der Kartellparteien — zu-  
sammenzugehen. Ja, die Regierung steht den früheren  
Kartellparteien so feind gegenüber, daß sie ein weiteres  
Infallen derselben — angeht die Wahlen in Lüthi,  
Gölp-Lauenburg, XI. Württemberg — ins Auge  
faßt. Damit ist auch die letzte Hoffnung beseitigt,  
daß die Regierung bei den nächsten Neuwahlen den wie-  
der in gewohnter Weise früheren Kartellparteien ihren  
Einfluß zur Verfügung stellen würde, um denselben  
von neuem zu einer Mehrheit zu vertheilen. Die  
Redner der Kartellparteien in der Sonnabend-Sitzung,  
die Abgg. Dr. Bahl und Dr. Frege haben freilich  
darauf abgesehen, diesen Empfindungen Ausdruck zu  
geben. Nach einem Vorbehalte bezüglich der Colonial-  
politik erklärte Ersterer, die gestrige Rede des Herrn  
v. Caprivi werde in weitesten Kreisen beruhigen und  
Herr v. Frege, der sich bekanntlich mit dem Zukunfts-  
kommen des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn  
ausgesprochen hat, um Schlimmeres zu verhüten, be-  
gann mit einem Compliment für den Nachfolger des  
Fürsten Bismarck.

## Politische Ueberkeit.

Zu dem Besuch des Herrn v. Giers in  
Berlin schreibt die „Kölnische Zeitung“ in einer  
anscheinend offiziellen Note: „In diplomatischen  
Kreisen wird erzählt, daß die Franzosen sich über  
Herrn v. Giers wenig entzückt ausgesprochen  
haben und daß u. a. ein französischer Minister gesagt  
habe, er sähe nicht recht ein, wozu die Russen einen  
Minister nach Paris schickten, der von nichts anderem  
zu sprechen wisse, als von der Erhaltung des status  
quo. Auch soll es die Franzosen sehr verdrossen  
haben, daß Herr v. Giers die Rückreise über Berlin  
angewiesen und dort einen amtlichen Aufenthalt  
genommen hat. Willkürlich ist ihnen jetzt die Anwesen-  
heit russischer Beamten Finanzverwaltungen P.

erfreulicher, der einige mit „Russen“ schwer belaste-  
te Pariser Banken um nicht bedehnte 150 Millionen  
der dreihundertigen Kasse erleichtern soll.“ —  
Die „Post“ bemerkt ansehnend optimistisch zu dem  
Umstande, daß von Seiten des Berliner Hofes  
von der Anwesenheit des Ministers von Giers  
nicht mehr Notiz genommen worden ist, als  
es der Fall war: Der offizielle Leiter der russischen  
Politik sei als Privatmann nach Berlin  
gelommen, nicht etwa in einer speziellen Mission  
seines Monarchen — dann wäre der Empfang durch  
den Kaiser äußerlich unter größerer Ceremonie vor-  
sich gegangen. „Wäre der Besuch des Herrn von  
Giers in Berlin mit irgend einer Hoffentlichkeit zu-  
sammengetroffen, so wäre der russische Minister auf  
Befehl des Kaisers jedenfalls zu dieser geladen worden,  
aber ihm zu Ehren eigens eine solche zu veranstalten,  
dazu lag kein offizieller Anlaß vor.“ Diese Haltung  
dem offensichtlichsten Leiter der russischen Politik gegen-  
über sei vollständig am Platze gewesen, da Herr von  
Giers auch als Privatmann in Berlin in Bezug  
auf Friedensverhandlungen oder wirtschaftliche Fragen  
noch weniger Aufklärungen oder Zugeständnisse zu  
geben im Stande war, als der russische Minister des  
Auswärtigen das vermocht hätte.

Zur Frage der Wiederherstellung der  
weltlichen Herrschaft des Papstes hat be-  
kanntlich, wie wir schon in vor. Nr. kurz meldeten, Graf  
Kalmocky am Freitag in der Oesterreichischen  
Delegation eine kühl ablehnende Haltung eingenom-  
men. Einer ausführlicheren Meldung über die Aufse-  
rungen des Grafen Kalmocky entnehmen wir heute  
noch Folgendes: Erkenne bedehnte die Bevölkerung  
Oesterreich-Ungarns größentheils aus Katholiken.  
Deshalb wünschle die Regierung in richtiger Würdi-  
gung der berechtigten Empfindungen derselben für den

Am Freitag brachte der bekannte irredentistische Abg.  
Imbriani die Angelegenheit in der Deputirten-  
kammer in Form einer Interpellation zur Sprache.  
Imbriani verlangt zu wissen, welche Maßnahmen die  
Regierung gegen den General Baldissera die  
ergreifen gedenke, welcher von seiner Strafflosigkeit  
überzeugt in dem Prozesse Livraghi in Massaua sich  
einiger Worthaten schuldig bekannt hätte,  
indem er zugab, zu denselben Auftrag erteilt zu  
haben. Der Ministerpräsident hat, die Inter-  
pellation bis zur Beendigung des Prozesses zu ver-  
schieben, indem er erklärte, er könne es unbedingt  
nicht zulassen, daß in die Rechtspflege des Landes  
der geringe Zweifel gesetzt werde. Die Kammer-  
gang, dem Verlangen des Ministerpräsidenten ent-  
sprechend, nicht in die Debatte über die Interpellation  
ein. — Im Prozeß Livraghi selbst wurden am  
Freitag weitere Zeugen vernommen, unter ihnen die  
Generale Cossato und Drevo. Letztere sagten  
übereinstimmend aus, die Befehle zur Hinrichtung  
seien ihrer eigenen Initiative entsprungen; eine Ein-  
mischung der Angelegenheit sei ausgeschlossen gewesen:  
dieselben erteilten ferner über Adam und Livraghi  
eine vorzügliche Auskunft. Der Staatsanwalt be-  
harrte auf den Vernehmungen der Befehlsgewaltigen,  
um über einige anderweitige Thatfachen von gewisser  
Bedeutung Ausklärungen zu erhalten, brühte jedoch  
zugleich die Ueberzeugung aus, daß der Prozeß durch  
den Haß der Parteien hervorgerufen sei.

Das englische Parlament wird nach einem  
Wolff'schen Telegramm aus London am 9. Februar  
künftigen Jahres wieder zusammentreten.

Die liberale Liga in Belgien hielt am  
Freitag in Brüssel ihre Generalversammlung ab.  
In dem zur Vorlesung gelangten Bericht über das  
verfloffene Jahr wird ausgeführt, der Generalrat  
der liberalen Liga sei überzeugt, daß das allgemeine  
Stimmrecht gegenwärtig für Belgien nicht passe.  
Der Bericht drückt ferner den Entschluß der Liga  
aus, das Wahlproject der Regierung, welchem der  
Minister Bernart seine Unterstützung geliehen habe,  
abzulehnen.

Der Führer der dänischen Linken, Reichs-  
tagsabgeordneter G. Berg, der langjährige Präsident  
des dänischen Volksrings, ist am Donnerstag früh  
im Alter von 62 Jahren am Herzschlag gestorben.  
Der Tod Bergs bedeutet einen schweren Verlust für  
den dänischen Liberalismus, insbesondere für die  
äußerste Link. Berg war die Seele des langjährigen  
Kampfes der dänischen Linken gegen das verfassung-  
brüchige Ministerium Gärup.

Die rumänische Deputirtenkammer ist  
am Freitag durch den König mit einer Thronrede  
eröffnet worden, in welcher auch die letzte Reise des  
Königs nach Italien und Deutschland erwähnt wird.  
Die Thronrede stellt die rumänischen Finanzen und  
die neue Zollgesetzgebung als sehr günstig dar und  
zählt abedann eine Reihe von einzubringenden Ge-  
segentwürfen auf.

Die Lage in Brasilien ist, wie sich jetzt  
immer mehr herausstellt, durch den Rücktritt des bis-  
herigen Präsidenten Fonseca noch keineswegs geklärt.  
Nach einer Meldung des „Reut. Bur.“ aus Rio de  
Janeiro hätte das neue Kabinett die Wiederbesetzung  
der abgetretenen Regierung von Rio Grande de Sul  
verlangt. Die Provinz hätte sich indessen ge-  
weigert, dieser Forderung nachzukommen und drohte  
mit generalisimem Widerstande. Weiter wird dem  
„Reut. Bur.“ aus Buenos-Ayres gemeldet, die Ent-  
lassung der durch die Ausschüßigen der Provinz  
Rio Grande gebildeten Armee sei suspendirt; man  
fürchte Verwickelungen. Die Flottille auf dem oberen  
Uruguay habe sich der revolutionären Bewegung nicht  
angeschlossen. Nach „Times“-Meldungen aus San-  
tiago wird in der Provinz Rio Grande der in Folge  
der Abbanzung des Präsidenten Fonseca fastgefallene  
politische Wechsel nicht als genügend erachtet.

Aus Argentinien kommen telegraphische Mel-  
dungen von der Verhaftung von etwa 20 Offizieren,  
die gegen die Regierung conspirirt haben sollen.



von Wien durchgezogen. Es sei nicht ein Hind-  
nis vorzuliegen. In Afrika selbst scheint  
man der Genügsamkeit der Franzosen weniger zu  
trauen. Nach Privatmeldungen aus Tanger sollten  
sich nämlich Hauptlinge der Tuat- Stämme unter  
dem Protektorat Marokkos beifügig Wahrung  
ihrer Unabhängigkeit gegenüber Frankreich.  
In Italien macht gegenwärtig der in Massaua  
verhandelte Prozeß Livraghi großes Aufsehen.